

IV. Schließlich wäre es erwünscht, für die Ergänzung vorhandener Wohnungen in den Anstalten (Ausbau von Dachräumen oder sonstigen Wohnungserweiterungen für kinderreiche Familien, Einrichtung von neuen Wohnungen durch Rationierung vorhandener usw.) noch eine Summe zur Verfügung zu haben. Bei der großen Zahl von verwaltungseigenen Wohnungen (rund 570) gehen Anträge auf derartige Wohnungsergänzungen sehr häufig ein; ihre Berechtigung muß in vielen Fällen anerkannt werden.

Für diesen Zweck wird eine Summe von 800 000 Mark erbeten. Die Gesamtaufwendungen der vorstehend erläuterten Bauvorhaben werden sich danach voraussichtlich wie folgt stellen:

1. 16 Wohnungen in Bonn, Johannistal, Guskirchen, Düren und zwei anderen Städten (Straßenmeister), zu denen Arbeitgeberzuschüsse gegeben werden sollen	4 300 000 Mark,
2. 9 verwaltungseigene Wohnungen in Köln, Branweiler, Fichtenhain und Rheindahlen	4 500 000 "
3. Fonds zur Hergabe von Darlehn für den Bau und Erwerb von Eigenheimen	1 000 000 "
4. Fonds zur Ergänzung vorhandener Wohnungen	800 000 "
	zusammen 10 600 000 Mark.

Der Provinzialausschuß beehrt sich daher nachstehenden Beschluß zu beantragen:

„Der Provinziallandtag genehmigt die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 10 600 000 Mark zum Bau, zum Erwerb und zur Ergänzung von Wohnungen für Beamte und Angestellte der Provinzialverwaltung zu den bestmöglichen Bedingungen mit der Maßgabe, daß diese Summe mit 3% getilgt wird“.

Düsseldorf, den 8. Juli 1922.

Der Provinzialausschuß:

Dr. Udenauer,
Vorsitzender.

Dr. Horion,
Landeshauptmann.

Anlage 32.

(Drucksachen-Nr. 31.)

Bericht und Antrag

des Provinzialausschusses,
betreffend

Bereitstellung eines Betrages von 300 000 M. zur Durchführung von Vorarbeiten für die Verbesserung von maschinentechnischen insbesondere der wärmewirtschaftlichen Anlagen in den Provinzialanstalten.

Seit Jahren sind die Provinzialanstalten gezwungen gewesen, ihre technischen Betriebe auf sehr minderwertige Brennstoffe, die noch dazu oft nur in viel zu geringen Mengen geliefert wurden, einzustellen. Es haben sich daraus hinsichtlich der Versorgung der Anstalten mit den für die Beheizung, den Betrieb der Koch- und Waschküche und für die Beleuchtung erforderlichen Energien sehr erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Dieser Umstand in Verbindung mit der gewaltigen Preissteigerung aller Brennstoffe weist zwingend darauf hin, diejenigen technischen Maßnahmen zu treffen, die eine möglichst große Ersparnis an Brennstoffen, sowie eine möglichst wirtschaftliche Ausnutzung derselben herbeiführen können.

Unter Inanspruchnahme des Maschinen-Erneuerungsfonds und der durch die Haushaltspläne der letzten Jahre für bauliche Ergänzungsarbeiten bereitgestellten Mittel sind solche Einrichtungen schon in geringem Umfange durchgeführt; es erscheint aber notwendig hierfür, in größerem Ausmaße Mittel vorzusehen, einmal um finanzielle Ersparnisse in dem nach Lage der Verhältnisse größtmöglichen Umfange zu erzielen, dann aber auch um die Versorgung der Heilstätten mit Heizung, Beleuchtung, Dampf usw. mehr sicherstellen zu können, als dies bisher der Fall war.

Bei den stark schwankenden und zur Zeit noch immer steigenden Preisverhältnissen muß natürlich sehr sorgsam erwogen werden, ob die Aufwendungen für derartige Anlagen auch dann noch als wirtschaftlich sich erweisen werden, wenn in einigen Jahren ein namhaftes Sinken der Preise eintreten sollte. Um welche Summe es sich bei den maschinentechnischen Betriebsanlagen in den Provinzialanstalten handelt, möge daraus ersehen werden, daß der heutige Wert dieser Anlagen sich auf mindestens 350—400 Millionen Mark beziffert und daß im laufenden Haushaltsjahr gering gerechnet 30 Millionen für Brennstoffe verausgabt werden müssen.

Die Ansichten über die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit derartiger technischer Ergänzungen, die natürlich nach Maßgabe der jeweiligen örtlichen Verhältnisse sehr verschieden sein müssen, gehen sehr stark auseinander; es erscheint daher wünschenswert, bevor endgültige Vorschläge nach dieser Richtung gemacht werden, zunächst durch die Obergeringenieure der zuständigen Dampfkessel-Überwachungsvereine bzw. einen hervorragenden Fachmann auf dem Gebiete der Wärmewirtschaft, der außerhalb der Verwaltung steht, eine Nachprüfung der seitens der Bauabteilung schon erwogenen maschinentechnischen Ergänzungen vornehmen zu lassen. Es darf angenommen werden, daß die dafür zu machenden Aufwendungen (voraussichtlich werden auch genauere Versuche bezgl. des Grades der derzeitigen Wirtschaftlichkeit zc., anzustellen event. auch neue Kontrollapparate zu beschaffen sein) sich lohnen werden.

Für diese Vorarbeiten wird eine Summe von höchstens 300 000 Mk. erforderlich sein, welche später auf die zur Durchführung der in Aussicht genommenen Arbeiten aufzunehmende Anleihe zu verrechnen ist. Wünschenswert wäre es, wenn die Verwaltung gleichzeitig ermächtigt würde, einzelne dieser Arbeiten schon bald in Angriff zu nehmen, wenn deren Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Vorprüfung sich als zweifellos feststehend ergibt.

Danach beehrt sich der Provinzialauschuß zu beantragen:

„Der Provinziallandtag wolle zu Vorarbeiten für die Verbesserung der maschinentechnischen insbesondere der wärmewirtschaftlichen Anlagen in den Provinzialanstalten den Betrag von 300 000 Mk. bereitstellen und gleichzeitig genehmigen, daß einzelne Arbeiten, deren Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sich ohne weiteres ergibt, sofort in Angriff genommen werden.“

Die dazu erforderlichen Beträge sollen zunächst vorschußweise und später auf eine für diesen Zweck aufzunehmende Anleihe verrechnet werden.

Dem nächsten Provinziallandtag ist eine Vorlage zu machen, aus der das Ergebnis der Vorarbeiten und die von der Verwaltung zu machenden endgültigen Vorschläge zu ersehen sind“.

Düsseldorf, den 30. Mai 1922.

Der Provinzialauschuß:

Dr. Adenauer,
Vorsitzender.

Dr. Gorion,
Landeshauptmann.